

Medienmitteilung

12.08.2021

NEIN zur Juso-Steuerinitiative

Der Vorstand des Arbeitgeberverbands Basel hat die Parolen für die Volksabstimmungen vom 26. September 2021 gefasst. Er sagt klar NEIN zur gefährlichen Juso-Initiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» («99%-Initiative»). Ferner äussert er sich ablehnend zum Parkplatzabbau auf dem Hörnli und befürwortet die Initiative «für erschwingliche Parkgebühren».

Der Vorstand des Arbeitgeberverbands Basel lehnt die Initiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» der Jungsozialisten (Juso) entschieden ab. Eine Annahme dieser Vorlage hätte gravierende Folgen für Bevölkerung und Wirtschaft.

Mit ihrem Vorhaben fordern die Juso einmal mehr neue Steuern, diesmal auf Erträgen und Wertsteigerungen von Vermögen. Die sogenannte Kapitalgewinnsteuer greift bereits ab dem ersten Franken und entpuppt sich als böse Überraschung für viele Menschen. Damit nicht genug: Über einem noch unbestimmten Schwellenwert sind Kapitaleinkommen nicht zu 100%, sondern sogar zu überhöhten 150% steuerbar.

Wer etwas Geld angelegt hat, eine Wohnung oder ein Haus sein Eigen nennt, einen Landwirtschaftsbetrieb besitzt, ein Unternehmen führt oder mit einem Startup für Innovation und Arbeitsplätze sorgt, ist bei einer entsprechenden Wertsteigerung mitten im Steuer-Sog der trügerischen Initiative. Die Initianten wollen Kapitalgewinne ab dem ersten Franken besteuern. Die Debatte um den Schwellenbetrag ist genauso wie der Titel «99%-Initiative» ein Ablenkungsmanöver. Nicht nur «die Reichen» wären betroffen; wie die Juso suggerieren, der Schweizer Mittelstand müsste die Rechnung bezahlen.

Besonders treffen würde es Schweizer Familienunternehmen und KMU, die bereits durch die Corona-Massnahmen arg gebeutelt wurden. Durch die stärkere Besteuerung von Kapital verringert sich dessen Verfügbarkeit in den Unternehmen. Erheblich erschwert würden zudem Übergaben von Familienunternehmen an die nächste Generation. Weil das Vermögen im Betrieb gebunden ist, muss sich die neue Generation stärker verschulden, um die neuen Steuern auf die Wertsteigerung zu bezahlen. Dieses Geld fehlt für Innovationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Auf kantonaler Ebene sagt der Arbeitgeberverband Basel NEIN zur Umgestaltung des Hörnli-Vorplatzes. Dort sollen gegen den Willen der Regierung und der Gemeinde Riehen

48 Parkplätze ersatzlos aufgehoben werden. Im Umfeld des grössten Friedhofs der Schweiz würde aufgrund des Parkplatzmangels ein massiver Such- und Ausweichverkehr in den angrenzenden Riehener Quartieren drohen. Auch dort ansässige und zukünftige Gewerbebetriebe, Genossenschaften und Freizeitgärten würden mit dem Wegfall der Parkplätze an Attraktivität verlieren.

JA sagt der Arbeitgeberverband Basel zur Initiative «für erschwingliche Parkgebühren» des ACS und des TCS. Die Initiative will die 2019 vollzogene Erhöhung der Parkgebühren für Anwohner, Gewerbebetriebe, Besucher und Pendler wieder rückgängig machen – und gesetzlich festschreiben, dass die Behörden Parktariferhöhungen nicht mehr unter dem Radar von Parlament und Volk hindurch auf dem Verordnungsweg willkürlich festlegen können. Zudem bietet sie Gewähr, dass Autofahrerinnen und Autofahrer zu angemessenen Tarifen ihr Fahrzeug im Kanton Basel-Stadt abstellen können.

Zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle) hat der Arbeitgeberverband Basel keine Parole gefasst.

Übersicht Parolen Arbeitgeberverband Basel

Abstimmungen vom 26. September 2021

Bund:

Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»: NEIN
Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle): <i>keine Parole</i>

Kanton BS:

Grossratsbeschluss betreffend Ausgabenbewilligung für die Sanierung und Umgestaltung der Hörnliallee, am Otto Wenk-Platz und im Kohlistieg zugunsten von mehr Sicherheit, hindernisfreier Bushaltestellen sowie für die ökologische Aufwertung des Strassenraums: NEIN
Kantonale Volksinitiative «für erschwingliche Parkgebühren»: JA

Kanton BL:

<i>keine Vorlagen</i>

Der Arbeitgeberverband Basel vertritt die Interessen der Arbeitgeber im Wirtschaftsraum Nordwestschweiz. Mit über 2'500 Firmenmitgliedern und rund 20 Verbänden als Kollektivmitglieder ist er einer der grössten regionalen Arbeitgeber-Dachverbände der Schweiz.